

Klimarecht

Schlacke / Wagner

2026

ISBN 978-3-406-81985-8

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

RECHT DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Schlacke/Wagner
Handbuch Klimarecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Klimarecht

HANDBUCH

Herausgegeben von

Prof. Dr. Sabine Schlacke

Univ.-Professorin an der Universität Greifswald

Dr. Jörg Wagner

Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen in Berlin

2026



Zitiervorschlag
Schlacke/Wagner KlimaR-HdB/Bearbeiter § 1 Rn. 1:


beck.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN PRINT 978 3 406 81987 2

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Klimarecht ist ein neues und sich stetig weiterentwickelndes Rechtsgebiet. Es ist deshalb für Städte und Gemeinden von hoher praktischer Relevanz. Das Klimaschutzrecht, das 2019 durch das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) eine Kernregelung erhalten hat, wurde 2024 um das Klimaanpassungsgesetz (KAnG) ergänzt. Landesrechtliche Vorläufergesetze und -regelungen sowohl im Klimaschutz- als auch im Klimaanpassungsbereich – wie etwa in Nordrhein-Westfalen – haben sich auf diese bundesrechtlichen Entwicklungen ausgewirkt. Mittlerweile kann von der Genese des Rechtsgebiets „Klimarecht“ ausgegangen werden. Die neuen Bundes- und Landesregelungen schaffen einen Handlungsrahmen für Städte und Gemeinden und wirken sich, zumindest mittelbar durch ihren Vollzugauftrag, finanziell auf Städte und Gemeinden aus. Zugleich wächst der Kanon an kommunalen klimarechtlichen Regelwerken etwa mit Satzungen im Bereich des Städtebau- und des Bauordnungsrechts (Stichwort: Schottergärten) an. Übergreifende oder sektorale Regelwerke wie solche des Raumordnungsrechts, des Wärmeplanungsrechts, des Verkehrsrechts oder des Rechts der Erneuerbaren Energien sowie des Vergaberechts enthalten ebenfalls klimarelevante Vorgaben. Welche Spielräume Städten und Kommunen etwa im Bereich des sektorbezogenen Klimaanpassungsrechts oder der Finanzierung kommunalen Klimaschutzes und Klimaanpassung eröffnet sind, ist bislang ebenso wenig erörtert, wie die Bedeutung des Klimarechts für kommunale Unternehmen sowie die Fragen des Rechtsschutzes in Klimaschutz- und Klimaanpassungsangelegenheiten.

Das Handbuch zeigt die für Städte und Gemeinden relevanten Fragestellungen des Klimarechts auf und formuliert Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis. Eingebettet werden die vielfältigen Anregungen in einen übergeordneten Rechtsrahmen internationalen und europäischen sowie nationalen Verfassungsrechts. Der Herausgeberin und dem Herausgeber geht es durchgängig darum, eine wissenschaftlich basierte und zugleich praxisorientierte Perspektive einzunehmen. Im Handbuch wird der aktuelle Rechtsstand (Dezember 2025) aufgearbeitet sowie die einschlägige Rechtsprechung und Literatur verarbeitet.

Um dieser Zielsetzung Rechnung zu tragen, wurden renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und mit der kommunalen Praxis sehr gut vertraute Autorinnen und Autoren gewonnen.

Das vorliegende Handbuch erscheint in der noch jungen Reihe „Recht der Städte und Gemeinden“ des Verlags C.H.Beck. Mit dieser Reihe sollen Juristinnen und Juristen, Diplom-Verwaltungswirtinnen und Diplom-Verwaltungswirte in Städten, Gemeinden und Kommunalunternehmen sowie auch die in diesem Bereich beratenden Rechtsanwaltskanzleien angesprochen werden. Genauso stehen die in Stadtplanungs-, Architektur- und Ingenieurbüros tätigen Praktikerinnen und Praktiker und die am Klimarecht interessierten kommunalen Mandatsträger sowie die Justiz im Fokus dieser Handbuchreihe.

Seitens des Verlags C.H. Beck danken die Herausgeberin und der Herausgeber Herrn RA Dr. Rolf-Georg Müller, der leider viel zu früh verstorben ist, und Herrn RA Till Börner für die sorgfältige und engagierte Koordinierung des Werks.

Greifswald/Berlin, im Dezember 2025

Prof. Dr. Sabine Schlacke

Dr. Jörg Wagner



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Juliane Albrecht

Honorarprofessorin
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung und
Hochschule für Technik und Wirtschaft
Dresden

Dr. Tina Bergmann

Rechtsanwältin
Stuttgart

Prof. Dr. Andrea Edenharter

Universitätsprofessorin
Hagen

Dr. Frank Fellenberg, LL.M. (Cambridge)

Rechtsanwalt
Berlin

Dr. Stefan Geiger

Rechtsanwalt
Hamburg

Tim Heidler

wissenschaftlicher Mitarbeiter
Greifswald

Prof. Dr. Pia Lange, LL.M. (UCT)

Universitätsprofessorin
Bremen

Dr. Alexander Petschulat

Justiziar der Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Christoph Plate

wissenschaftlicher Mitarbeiter
Greifswald

Dr. Dominik Römling

Rechtsanwalt
Berlin

Marianna Roscher

Rechtsassessorin
Mitglied der Clearingstelle EEG/KWKG
Berlin

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Prof. Dr. Sabine Schlacke

Universitätsprofessorin
Greifswald

Christopher Schuhknecht

Geschäftsbereichsleiter Landratsamt
Augsburg

Dr. Linda Schumacher

Regierungsrätin im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
Berlin

Dr. Ursula Steinkemper

Rechtsanwältin
Stuttgart

Dr. Jörg Wagner

Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
Berlin

Prof. Dr. Armin von Weschpfennig

Universitätsprofessor
Hamburg

Sören Wolkenhauer, LL.M.

Rechtsanwalt
Hamburg

Prof. Dr. Cathrin Zengerling, LL.M. (UMich)

Universitätsprofessorin
Freiburg

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XIX
§ 1 Städte als ‚glokale‘ Akteure im internationalen Klimaregime (<i>Zengerling</i>) ...	1
§ 2 Unionsrechtlicher Rahmen für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen (<i>Schlacke</i>)	31
§ 3 Verfassungsrechtlicher Rahmen für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen (<i>Lange</i>)	69
§ 4 Anforderungen an Kommunen durch Klimagesetze (<i>Schlacke/Heidler/Albrecht/Schumacher</i>)	93
§ 5 Klimaschutz und Klimaanpassung durch Raumordnungsrecht (<i>Edenharter</i>) .	145
§ 6 Klimaschutz und Klimaanpassung durch kommunale Planung (<i>von Weschpfennig/Albrecht/Schumacher/Wagner/Roscher</i>)	213
§ 7 Klimaschutz und Klimaanpassung durch Bauordnungsrecht (<i>Petschulat</i>)	367
§ 8 Klimaschutz im Verkehrsbereich (<i>Fellenberg/Römling</i>)	419
§ 9 Klimaschutzbezogene Anforderungen des EEG (§ 2 EEG) (<i>Schlacke/Plate</i>) .	447
§ 10 Klimabezogene Vorgaben für wirtschaftliche Betätigungen von Kommunen (<i>Schuhknecht/Geiger/Wölkenhauer</i>)	471
§ 11 Rechtlicher Rahmen für sektorbezogene Klimaanpassungsmaßnahmen (<i>Albrecht/Schumacher</i>)	547
§ 12 Klimaschutz im Vergaberecht (<i>Bergmann</i>)	583
§ 13 Finanzierung kommunalen Klimaschutzes und kommunaler Klimaanpassungsmaßnahmen (<i>Wagner</i>)	633
§ 14 Rechtsschutz (<i>Steinkemper</i>)	671
Stichwortverzeichnis	731



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XIX
§ 1 Städte als ‚globale‘ Akteure im internationalen Klimaregime	1
A. Einleitung	3
B. Städte und Gemeinden in der internationalen Nachhaltigkeitsgovernance	4
I. Lokale Agenda 21, SDG 11 und New Urban Agenda	4
II. Transnationale Städtenetzwerke	6
C. Wechselwirkungen zwischen Städten und dem internationalen Klimaregime	9
I. Städte als Umsetzende und Mitgestaltende globaler Klimagovernance	9
II. Städte im Mehrebenensystem der Klimagovernance	13
III. Transnationaler Outreach des internationalen Klimaregimes	17
D. Transformative Kraft der Städte? – Kritische Würdigung und Handlungsempfehlungen	23
I. Regulierung und Orchestrierung	23
II. „Weltpolitik“, multinationale Unternehmen und lokale Identitäten	24
III. „Recognition“ und „Accountability“	25
IV. Stärkung transformativer Kraft der Städte	26
E. Zusammenfassung und Ausblick	28
§ 2 Unionsrechtlicher Rahmen für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen	31
A. Einführung	33
B. Rechtsquellen des Unionsrechts	33
C. Primärrechtliche Anforderungen an Klimaschutz und Klimaanpassung	34
I. Bindung an völkerrechtliche Verpflichtungen	34
II. Klimaschutz als Querschnittsaufgabe der EU	35
III. Klimaschutzgrundsatz und Klimaschutzziele im EU-Primärrecht	35
IV. EU-Gesetzgebungskompetenz für Klimamaßnahmen	36
V. Verteilung klimaschutz- und energiepolitischer Gesetzgebungskompetenz zwischen EU und Mitgliedstaaten	38
VI. Gesetzgebungsverfahren	39
VII. Kommunale Interessenvertretung durch den Ausschuss der Regionen	39
VIII. Klimaanpassung im EU-Primärrecht	41
IX. Zwischenfazit	41
D. Strategien und sekundärrechtliche Anforderungen an Klimaschutz	41
I. Entwicklung	42
II. EU-Governance-Verordnung als neuartige Politikplanung	44
III. European Green Deal (Strategie) und Fit for 55-Legislativpaket	47
IV. EU-Klimagesetz (Verordnung (EU) 2021/1119)	48
V. Lastenteilungsverordnung (Effort Sharing Regulation) (EU) 2018/ 842	50
VI. EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie 2010/31/EU	52
	XI

VII. Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU) 2018/2001	54
VIII. Zwischenfazit	56
E. Strategien und sekundärrechtliche Anforderungen an Klimaanpassung ..	56
I. Governance-Verordnung der EU-Klimapolitik (2018/1999/EU) ..	57
II. EU-KlimaG	58
III. EU-Klimaanpassungsstrategie (2021)	59
IV. EU-Richtlinien mit Relevanz für Klimaanpassung	59
F. Zwischenfazit	65
G. Fazit, Ausblick und Handlungsempfehlungen	67
I. Fazit und Ausblick: Entwicklungsperspektiven auf europäischer Ebene	67
II. Handlungsempfehlungen für Kommunen	67
§ 3 Verfassungsrechtlicher Rahmen für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen	69
A. Einführung	69
B. Kommunen im Staatsgefüge der Bundesrepublik Deutschland	70
C. Der kommunale Handlungsrahmen des Art. 28 Abs. 2 GG	71
I. Garantieebenen der gemeindlichen Selbstverwaltung	72
II. Klimaschutz und Klimaanpassung als Selbstverwaltungsaufgabe	73
III. Grenzen der Aufgabenübertragung auf die Kommunen	75
D. Modifikation der Aufgabenwahrnehmung durch Art. 20a GG?	81
I. Die grundgesetzliche Staatszielbestimmung Umweltschutz	81
II. Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts	82
III. Folgen für die Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen	84
IV. Ausrufung des Klimanotstands	85
E. Landesverfassungsrecht	86
I. Schutzbestimmungen zugunsten der Umwelt	86
II. Schutzbestimmungen zugunsten des Klimas	88
III. Mehrwert landesverfassungsrechtlicher Schutzbestimmungen	89
F. Zusammenfassung, Handlungsempfehlungen und Ausblick	90
I. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	90
II. Handlungsempfehlungen für die Kommunen	90
III. Ausblick	91
§ 4 Anforderungen an Kommunen durch Klimagesetze	93
A. Anforderungen an Kommunen durch Klimaschutzgesetze	94
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage	95
II. Überblick zum Bundes-Klimaschutzgesetz	97
III. Überblick zu den Landes-Klimaschutzgesetzen	104
IV. Unmittelbare Verpflichtungen der Kommunen durch KSG und LKSG	107
V. Klimaneutrale Verwaltung	112
VI. Berücksichtigungsgebot des Bundes-Klimaschutzgesetzes	113
VII. Berücksichtigungsgebote der Landes-Klimaschutzgesetze	116
VIII. Verbleibende rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen	117
IX. Rechtliche Möglichkeiten einer verstärkten Verpflichtung der Kommunen	117
X. Handlungsempfehlungen	120
XI. Fazit	120
B. Anforderungen an Kommunen durch Klimaanpassungsgesetze	121
I. Klimaanpassungsgesetz des Bundes	122
II. Klimaanpassungsgesetze der Länder	137
III. Handlungsempfehlungen	143
IV. Ausblick	143

§ 5 Klimaschutz und Klimaanpassung durch Raumordnungsrecht	145
A. Einführung: Klimaschutz und Klimaanpassung – zwei unterschiedliche Ziele	148
I. Abgrenzung von Klimaschutz und Klimaanpassung im Raumordnungsgesetz	148
II. Handlungsfelder	150
III. Ziel, Gegenstand und Gang der Darstellung	151
B. Aufgabenbereich der Raumordnung im Hinblick auf Klimaschutz und Klimaanpassung	151
I. Art. 74 Abs. 1 Nr. 31 GG als Ausgangspunkt	151
II. Einfach-gesetzlicher Begriff der Raumordnung	153
III. Aufgabenzuständigkeit der Raumordnung im Hinblick auf Klimaschutz und Klimaanpassung	153
IV. Abweichungsmöglichkeiten der Länder gem. Art. 72 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GG	155
C. Folgen des Klima-Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts für die Raumordnung	157
D. Klimaschutz und Klimaanpassung – Anknüpfungspunkte im ROG und Verhältnis zu ausgewählten Fachgesetzen	158
I. Koordinierungsauftrag, § 1 Abs. 1 S. 2 ROG und Leitvorstellung der Nachhaltigkeit, § 1 Abs. 2 ROG	158
II. Gesetzliche Grundsätze der Raumordnung	158
III. Bindungswirkung von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zu Klimaschutz und Klimaanpassung	160
IV. Strategische Umweltprüfung	162
V. Abwägungsgebot	164
VI. Mögliche Festsetzungen in Raumordnungsplänen	168
VII. Verhältnis der Vorgaben des ROG zu ausgewählten Fachgesetzen ..	169
E. Vorgaben der Landesplanungsgesetze zu Klimaschutz und Klimaanpassung	170
I. Allgemeines	170
II. Bayerisches Landesplanungsgesetz	170
III. Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen	171
IV. Sächsisches Landesplanungsgesetz	173
F. Raumordnungsrechtliche Steuerung in ausgewählten Handlungsfeldern des Klimaschutzes und der Klimaanpassung	173
I. Klimaschutz	173
II. Klimaanpassung	190
G. Klimaschutz und Klimaanpassung durch Landes- und Regionalplanung in der Praxis anhand ausgewählter Beispiele	192
I. Landesplanung	192
II. Regionalplanung	199
H. Handlungsempfehlungen für Länder und Planungsverbände	203
I. Rechtsschutz	205
I. Individualrechtsschutz	205
II. Verbandsklagen	207
III. Klagemöglichkeiten von Gemeinden	209
J. Ausblick	211
§ 6 Klimaschutz und Klimaanpassung durch kommunale Planung	213
A. Klimaschutz im Städtebaurecht	217
I. Einführung	218
II. Grundlagen	219
III. Allgemeines Städtebaurecht	229

IV. Besonderes Städtebaurecht	257
V. Handlungsempfehlungen	259
VI. Ausblick	260
B. Klimaanpassung im Städtebaurecht	261
I. Einleitung	262
II. Auswirkungen und Anpassungsoptionen	262
III. Klimaanpassung in der Bauleitplanung	265
IV. Klimaanpassung im besonderen Städtebaurecht	279
V. Wiederaufbauklausel, § 246c BauGB	282
VI. Handlungsempfehlungen	282
VII. Ausblick	283
C. Kommunale Klimaschutzkonzepte und kommunale Klimaanpassungskonzepte	283
I. Einleitung	283
II. Grundlagen	285
III. Landesrechtliche Umsetzung	299
IV. Mögliche Inhalte kommunaler Klimakonzepte	300
V. Hilfestellungen von Bund und Ländern	303
VI. Haftungs- und Rechtsschutzfragen	304
VII. Handlungsempfehlungen	304
VIII. Ausblick	305
D. Bauleitplanung zwecks Steuerung von Energieanlagen	306
I. Steuerung von Windenergieanlagen an Land	307
II. Freiflächenphotovoltaikanlagen	321
III. Biomasseanlagen	330
IV. Geothermieanlagen	337
V. Ausblick und Empfehlungen	340
E. Kommunale Wärmeplanung	341
I. Einführung	342
II. Grundlagen	343
III. Das Bundesgesetz über die kommunale Wärmeplanung	347
IV. Landesrechtliche Umsetzung	358
V. Haftungsfragen	361
VI. Rechtsschutzfragen	362
VII. Handlungsempfehlungen	362
VIII. Ausblick	365
§ 7 Klimaschutz und Klimaanpassung durch Bauordnungsrecht	367
A. Einführung	368
B. Grundlagen	368
I. Klimaschutz und Klimaanpassung als zulässiger Regelungsinhalt des Bauordnungsrechts	368
II. Klimaschutz als Abwägungsbelang im Bauordnungsrecht	371
C. Klimaschutz durch kommunale Satzungshoheit	377
I. Örtliche Bauvorschriften als Instrument des Klimaschutzes	378
II. Klimaschutz trotz kommunaler Satzungen	386
D. Klimaschützende Landesbauordnungen	388
I. Kompetenzrahmen	388
II. Anforderungen für Solaranlagen	390
III. Verantwortung für Solaranlagen	403
IV. Grundstücksflächen	410
E. Ausblick	418
§ 8 Klimaschutz im Verkehrsbereich	419
A. Einführung	420

B. Verfassungsrechtliche Grundlagen	420
C. Klimaschutz im Verkehrsplanungs-, Straßen- und Straßenverkehrsrecht	422
I. Klimamobilitätsplanung	422
II. Klimaschutz im und durch Straßenverkehrsrecht und Straßenrecht	433
D. Zusammenfassung	443
I. Klimamobilitätsplanung (zu C. I.)	443
II. Klimaschutz im und durch Straßenverkehrsrecht und Straßenrecht (zu C. II.)	444
E. Ausblick	444
F. Handlungsempfehlungen	445
§ 9 Klimaschutzbezogene Anforderungen des EEG (§ 2 EEG)	447
A. Einführung	448
B. Zwecke des § 2 EEG	449
I. Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und Energiesouveränität	449
II. Reaktion auf Klimaschutz-Beschluss des BVerfG: Klimaneutralität	450
C. Gesetzgebungskompetenz, Regelungsinhalt und Wirkung	450
I. Gesetzgebungskompetenz	450
II. Regelungsinhalt und -wirkung	451
D. Auswirkungen auf das Fach- und Fachplanungsrecht	454
I. Einwirkung auf gebundene Genehmigungsentscheidungen des Fachrechts	454
II. Fachrechtliche Abwägungsentscheidungen	456
III. Fachplanungsrecht	465
IV. Zwischenergebnis	466
E. Auswirkungen auf das überfachliche Raumplanungsrecht	467
I. Raumordnung	467
II. Bauleitplanung	467
F. Fazit	469
G. Handlungsempfehlungen für Städte und Kommunen	469
§ 10 Klimabezogene Vorgaben für wirtschaftliche Betätigungen von Kom- munen	471
A. Allgemeiner Teil	474
I. Einführung: Bandbreite wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen	474
II. Rechtsgrundlagen für wirtschaftliche Betätigung von Kommunen ..	476
III. Rechtslage für klimabezogene Vorgaben bei der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	487
B. Besonderer Teil	492
I. Zulässigkeit energiewirtschaftlicher Tätigkeit	492
II. Errichtung und wirtschaftlicher Betrieb von Energieprojekten seitens der Kommune und ihrer Bürger	498
III. Klimabezogene Vorgaben bei der wirtschaftlichen Betätigung im Gebäude- und Energiebereich	509
§ 11 Rechtlicher Rahmen für sektorbezogene Klimaanpassungsmaßnahmen ...	547
A. Einführung	550
B. Umweltqualitätsbezogenes Gewässerschutzrecht	552
I. Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten ..	552
II. Rechtliche Instrumente	552
C. Recht der Wasserversorgung	554
I. Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten ..	554
II. Rechtliche Instrumente	554

D. Abwasserbeseitigungsrecht	564
I. Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten ..	564
II. Rechtliche Instrumente	565
E. Hochwasserschutzrecht	568
I. Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten ..	568
II. Rechtliche Instrumente	569
F. Naturschutzrecht	574
I. Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten ..	574
II. Rechtliche Instrumente	575
G. Recht der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	579
I. Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsmöglichkeiten ..	579
II. Rechtliche Instrumente	580
H. Fazit	581
§ 12 Klimaschutz im Vergaberecht	583
A. Grundlagen des Vergaberechts	584
I. Überblick	584
II. Vergabefremde Zwecke – strategische Beschaffung	585
III. Oberschwellenbereich	586
IV. Unterschwellenbereich	588
V. Förderrecht	589
B. Berücksichtigung umweltbezogener Aspekte	590
I. Überblick	590
II. Keine allgemeine vergaberechtliche Berücksichtigungspflicht	590
III. Berücksichtigungsgebot des § 13 KSG	591
IV. Möglichkeiten zur Berücksichtigung umweltbezogener Aspekte ..	592
V. Marktüberblick und Markterkundung	594
VI. Verbindung zum Auftragsgegenstand	596
VII. Leistungsbeschreibung	598
VIII. Ausführungsbedingungen	602
IX. Eignungskriterien	603
X. Zuschlagskriterien	607
XI. Holzprodukte	610
XII. Verpflegungsleistungen	611
C. Verpflichtung zur Berücksichtigung umweltbezogener Aspekte	614
I. Energieverbrauchsrelevante Leistungen	614
II. Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz	620
III. Kreislaufwirtschaft	623
IV. Net Zero Industry Act	624
D. Rechtsschutz	625
I. Überblick	625
II. Oberschwellenbereich	625
III. Unterschwellenbereich	628
IV. Vertragsverletzungsverfahren	628
E. Reform des Vergaberechts	629
F. Fazit	631
§ 13 Finanzierung kommunalen Klimaschutzes und kommunaler Klimaangepas-	
sungsmaßnahmen	633
A. Einführung	634
B. Grundlagen der Förderung kommunalen Klimaschutzes und	
kommunaler Klimaanpassungsmaßnahmen	635
I. Die allgemeinen Grundlagen der Förderung	636
II. Die Grundlagen und Prinzipien des Zuwendungsrechts	643
III. Die Ausgestaltung der Projektförderung	647

C. Förderprogramme für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung	652
I. Wesentliche Förderprogramme des Bundes	654
II. Beispiele für Förderprogramme der Länder	664
III. Beispiele für Förderrichtlinien der Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger	665
D. Handlungsempfehlungen	666
I. Die interne Organisation anpassen und die ersten Schritte planen ..	667
II. Die Förderdatenbank des Bundes und die Beratungsstellen aktiv nutzen	668
III. Unterstützung durch Dritte suchen	668
E. Ausblick	669
§ 14 Rechtsschutz	671
A. Einführung	672
B. Grundlagen	673
I. Das Modell des Individualrechtsschutzes	673
II. Rechtsgrundlagen der gerichtlichen Verwaltungskontrolle	675
III. Subjektive Rechte im Klimarecht	676
C. Individualkläger	680
I. Anfechtungsklage	681
II. Verpflichtungsklage	686
III. Leistungsklage	690
IV. Feststellungsklage	695
V. Normenkontrollantrag	698
VI. Fortsetzungsfeststellungsklage	703
VII. Vorläufiger Rechtsschutz	704
VIII. Verfassungs- und Menschenrechtsbeschwerde	708
IX. Schadensersatzklagen	713
D. Verbandskläger	715
I. Allgemeines	715
II. Das UmwRG als partielle Überlagerung der VwGO	717
III. Zulässigkeitsvoraussetzungen	718
IV. Begründetheit der Verbandsklage	721
V. Aktuelle Entwicklungen	722
E. Kommunen als Kläger	722
I. Verwaltungsgerichtliche Klagen	723
II. Kommunale Verfassungsbeschwerde	727
III. Klagen vor dem EuG und EuGH	728
F. Handlungsempfehlungen und Ausblick	729
Stichwortverzeichnis	731